HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 03/2006

ایران ریپورت

I. Innenpolitik
Das Regime isolieren oder das iranische Volk? / 27. Jahrestag der Revolution / Rede Ahmadinedschads am Jahrestag / Resolution zum Jahrestag / Renaissance des Islam / Kultusministerium verkündet neue Richtlinien – Zensur wird verschärft / Ex-Regierungssprecher gerichtlich verfolgt / Selbstmordversuch einer Journalistin / Mitglieder des ehemaligen Revolutionsrates kritisieren aktuelle Politik / Freiwillige melden sich zu Selbstmordanschlägen

II. Wirtschaft
Schäden des Atomkonflikts für die deutsche Wirtschaft / Iran-Krise gefährdet deutschen Aufschwung / Ermittlung gegen Deutsche wegen Hilfe für Irans Atomprogramm / EU warnt Iran vor Boykottmaßnahmen gegen Dänemark / Dänische Kekse in „Rosen von Mohammed" umgetauft / Immer weniger Touristen in den Iran / US-Boykott gegen Firmen, die das iranische Atomprogramm unterstützen / 61 Prozent des Haushalts wird durch Ölindustrie erwirtschaftet

III. Außenpolitik
Atomkonflikt: Russland und Iran angeblich im Grundsatz einig / USA arbeiten an Angriffsplänen / Iran fordert Großbritannien zum Abzug aus Südirak auf / Zeitungsbericht: Iranische Todesschwadronen destabilisieren Irak / Arabische Staaten sollen Iran isolieren / Frankreich spricht vom militärischen Atomprogramm Irans / Bulgarien zur Teilnahme am möglichen Iran-Krieg bereit / Mottaki: „Tilgung Israels von der Landkarte" war ein Missverständnis / Ausschreitungen wegen Mohammed-Karikaturen / Holocaust-Karikaturen / US-Vorwürfe im Karikaturen-Streit als „Lügen" bezeichnet / Teheran will Palästinenser mehr unterstützen

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 04/2006 Anfang April) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im März 2006

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

5. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 – 0
Fax: 030-285 34 – 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Das Regime isolieren oder das iranische Volk?

Die Atmosphäre im Iran wird immer bedrückender. Die Zuspitzung des Atomkonflikts, der Karikaturen-Streit und die Diskussion um den Holocaust bereiten die radikalen Islamisten das Feld. Die iranische Zivilgesellschaft, die sich in den letzten Jahren mit viel Mut und Opferbereitschaft Schritt für Schritt weiterentwickelt hatte, wird von Spaltung und Zersplitterung bedroht. Hin und her gerissen zwischen dem Widerwillen, dem Staat, den die überwiegende Mehrheit ablehnt, zu folgen oder zu dulden, dass die verbrieften nationalen Rechte des Landes missachtet werden und die nationale Souveränität in Gefahr gerät, machen sich unter normalen Bürgern Ungewissheit, Angst und Unsicherheit bereit.

Das Problem liegt darin, dass die Argumente der Radikalen nicht nur populistisch sind, sie sind zum Teil auch nicht von der Hand zu weisen. Zum Beispiel sehen die meisten Iraner nicht ein, warum manche Länder ihre Atomarsenale immer weiter ausbauen dürfen und andere wiederum unwidersprochen den atomaren Brennstoff im eigenen Land produzieren können, während Iran nicht einmal die Weiterentwicklung seiner Atomforschung erlaubt werden soll. Juristisch betrachtet, gibt es für dieses Verbot keinen überzeugenden Grund. Es stimmt zwar, dass Iran über längere Jahre die Internationale Atombehörde (IAEA) über sein Atomprogramm nicht informiert hat. Aber seit zweieinhalb Jahren sind die Inspekteure im Land und sie haben bisher nichts finden können, was als Nachweis dafür dienen könnte, dass Iran den Bau von Nuklearwaffen plant. Hätte der Westen die Forderung gestellt, Iran solle schärfere Kontrollen der IAEA zulassen, wäre dies sicherlich für die meisten Iraner nicht nur nachvollziehbar, sondern auch beruhigend gewesen. Denn nicht nur für das Ausland, sondern auch für die Bevölkerung im Iran wäre der Gedanke an einen mit Nuklearwaffen ausgerüsteten islamischen Gottesstaat Furcht erregend.

Aber auch jene, die diese Furcht haben, sehen nicht ein, dass man ein Land aufgrund bloßer Vermutungen bestraft und ihm Rechte verweigert. Und je heftiger der Druck von außen wird, je schärfer die Drohungen werden, desto spürbarer wird das Unrecht und desto größer die Neigung, die Forderungen eines Regimes zu unterstützen, das man im Grunde ablehnt. Für das Regime ist diese Situation äußerst günstig, weil es damit seine Basis vergrößern und nach außen den Eindruck vermitteln kann, als stehe das ganze Volk hinter ihm.

Doch es ist nicht nur der Atomkonflikt, sondern die gesamte Atmosphäre, die dem iranischen Volk zunehmend das Gefühl gibt, von Feinden umgeben zu sein. Für radikale Fundamentalisten hingegen könnte eine Situation günstiger nicht sein. Sie können wesentlich leichter Emotionen erwecken und Hass schüren, können noch mehr Feindbilder aufstellen und die Außenmächte dämonisieren und sie können das gespaltene Volk zur Einheit zwingen und jede Kritik, jeden Widerstand als Verrat nationaler Interessen und Kollaboration mit dem Feind darstellen und mit brutaler Härte niederschlagen. So gesehen ist es kein Wunder, dass Ahmadinedschad und seine Kampfgefährten jede Gelegenheit dankbar ergreifen, um die Stimmung anzuheizen. Das trifft auf den Karikaturenstreik ebenso zu wie auf die Holocaust-Diskussion.

Für die Attacken gegen Israel und die Debatten über den Holocaust gab es absolut keinen äußeren Anlass. Seitdem Ahmadinedschad mit dieser Debatte begonnen hat und seitdem die für die Muslime beleidigenden und provokativen Karikaturen veröffentlicht wurden und eine islamfeindliche Stimmung im Westen entstanden ist, ist es ihm gelungen, auch den Atomkonflikt als Feindschaft gegen den Gottesstaat darzustellen und ihm damit einen religiösen Anstrich zu verleihen. Das steigert seine Popularitätskurve, nicht nur im Iran, sondern in der gesamten islamischen Welt. Leid tragend bei dem gesamten Prozess ist die iranische Zivilgesellschaft, die in eine ausweglose Position gedrängt wird. Dabei stellt sich die Frage, was die USA und jüngst die EU mit ihrer Iran-Politik bezwecken. Wenn es tatsächlich darum geht, die Radikalen, die Terroristen, die Fundamentalisten zu isolieren und nicht das iranische Volk, sind Sanktionen, gar ein militärischer Angriff der falsche Weg.

27. Jahrestag der Revolution

Der diesjährige Jahrestag der Revolution am 12. Februar sollte nach Wunsch der iranischen Staatsführung zu einem großen Ereignis werden. Es sollte vor allem dem Ausland gegenüber demonstriert werden, dass das iranische Volk hinter dem Regime steht, dass es zu jedem Opfer bereit ist, wenn es um nationale Interessen und insbesondere um den Islam geht.

Staatspräsident Mahmud Ahmadinedschad hatte in einem Appell an „das großartige und tapfere Volk Irans" zur Teilnahme an der Kundgebung aufgerufen. In klassischer Manier der Populisten bezeichnet er das Volk als „Fahnenträger des Friedens", ein Volk, das seit siebenundzwanzig Jahren gegen Anfeindungen des Westens Widerstand geleistet habe. Iran befinde sich an der Schwelle zu einem vorbildlichen, islamischen Staat, in dem Wohlstand, Fortschritt und soziale Gerechtigkeit herrschen werde, hieß es in dem Aufruf. Diese Entwicklung solle verhindert werden. „Die dreisten Aggressoren sprechen uns sogar das Recht ab, zur friedlichen Nutzung der Atomenergie Forschung zu treiben", schreibt Ahmadinedschad und bittet das Volk, der Welt zu zeigen, dass die Forderungen der Regierung von den Massen unterstützt werden.

Der Aufforderung des Staatschefs schlossen sich auch die Armee, die Organisation der Revolutionswächter und die Milizenorganisation Basidjis an. „Wir werden Schulter an Schulter mit dem tapferen Volk Irans unsere Treue zu der islamischen Revolution bekunden", heißt es in einer Erklärung der Armee. Ähnlich lautende Erklärungen haben die anderen Organisationen veröffentlicht.

Tatsächlich folgten große Massen der Aufforderung zur Teilnahme an der Kundgebung. Offizielle Angaben sprechen von Millionen Teilnehmern, ausländische Agenturen von mehreren Hunderttausend, fügen jedoch hinzu, dass die Teilnehmerzahl wesentlich höher gewesen sei als in den Vorjahren. Wie aus Kreisen der Opposition zu erfahren war, wurden staatliche Angestellte, Schüler und Studenten sowie Mitglieder der Armee, der Revolutionswächter und Basidjis direkt oder indirekt verpflichtet, an der Kundgebung teilzunehmen. Aber das war nicht der einzige Grund für die große Teilnehmerzahl. Ahmadinedschad und seinen Mitarbeitern war es gelungen, verschiedene Themen miteinander zu verknüpfen und die Stimmung soweit anzuheizen, dass die Massen zur Kundgebung gelockt wurden. Die Attacken gegen Israel, die Diskussionen über den Holocaust, der Karikaturenstreit, der Atomkonflikt und die gegen Iran aufgebaute Drohkulisse wurden in einen Topf geworfen und als verschiedene Instrumente dargestellt, die der Westen in seinem allgemeinen Kampf gegen den Islam eingesetzt hat. Hauptredner auf der Kundgebung war Ahmadinedschad, der das iranische Volk aufforderte, „sich auf einen langen Kampf vorzubereiten, den Gürtel enger zu schnallen und die Ärmel hochzukrempeln". Im Folgenden fassen wir die Rede kurz zusammen.

Rede Ahmadinedschads am Jahrestag

„Heute", begann der Regierungschef seine Rede, „heute ist der Tag, an dem die Gerechtigkeit gegen das Unrecht siegt". „Die Liebe zu Gott und die Gerechtigkeit sind die beiden Hauptpfeiler unserer Revolution", sagte Ahmadinedschad. Imam Chomeini sei es gelungen, das iranische Volk vom Joch der „brutalen und vom Ausland abhängigen Diktatur" zu befreien und ihm den Weg zum nationalen Stolz zu ebenen. „Wir streben nach einer fortschrittlichen Gesellschaft, die von Gott geführt wird und in der Gerechtigkeit herrscht." Iran könne sich zu einem vorbildlichen islamischen Land entwickeln, wenn einerseits in der Gesellschaft Liebe und Gerechtigkeit herrsche und andererseits das gesamte Volk bereit wäre, für die Ziele der Revolution kontinuierlich zu kämpfen. „Deshalb fordere ich mein geliebtes Volk auf, sich auf einen langen Kampf vorzubereiten, den Gürtel enger zu schnallen und die Ärmel hochzukrempeln", sagte Ahmadinedschad und versicherte den Versammelten: „Wir werden unser Ziel erreichen".

Die Zeit, in der Aggressoren den Völkern mit Hilfe von Waffen ihren Willen aufzwingen konnten, sei endgültig vorbei, sagte Ahmadinedschad. Er kam zunächst auf die beleidigenden Mohammed-Karikaturen zu sprechen. Mohammed habe den Weg von Moses und Christus vollendet. Jede Beleidigung des Propheten richte sich gegen alle, die an die Einheit Gottes glauben. „Im Namen des iranischen Volkes fordere ich daher alle Juden, Christen und Muslime auf, Widerstand zu leisten und nicht zuzu-

lassen, dass eine Handvoll Zionisten den von Gott gesandten Propheten beleidigen. Sie sollen es nicht erlauben, dass Regierungen, die ihre Macht den Zionisten verdanken, die Beleidiger in Schutz nehmen", sagte der Präsident.

In manchen europäischen Ländern und auch in den USA werde die Beleidigung von Propheten akzeptiert, aber jeder Zweifel am Holocaust und jede Kritik an der Gründung des Staates Israel bestraft, fuhr Ahmadinedschad fort. „Seit sechzig Jahren bekommen die Zionisten aufgrund dieses Märchens (Holocaust) von anderen Ländern Entschädigungen und rechtfertigen damit ihre Verbrechen in den besetzten Gebieten. Wenn wir gegen die Beleidigung des Islam protestieren, behaupten sie, es herrsche in ihren Ländern das Recht der freien Meinungsäußerung. Das ist aber eine Lüge. Wenn es eine Freiheit der Meinungsäußerung gibt, muss man fragen, warum Wissenschaftlern nicht gestattet wird, über das Märchen vom Holocaust zu forschen. Diese Staaten sind Geiseln der Zionisten und dafür müssen die Völker Europas den Preis bezahlen."

Man könne den wahren Holocaust in Palästina oder im Irak beobachten, sagte Ahmadinedschad. Die Vorgänge dort zeigten den wahren Kern des westlichen Liberalismus. Die Welt habe sehen können, wofür sich die Menschen in Palästina entscheiden, wenn sie frei wählen dürfen. Aber die westliche Demokratie funktioniere nur dann, wenn die Menschen sich so entscheiden, wie der Westen das wünsche, andernfalls gehe man gegen den Willen der Völker vor.

Zum Atomkonflikt erklärte der Regierungschef, in allen Ländern sei der technische Fortschritt, auch in den Bereichen Landwirtschaft, Medizin und dergleichen von der Atomenergie abhängig. Die Internationale Atombehörde sei verpflichtet worden, bei den Großmächten eine atomare Abrüstung durchzusetzen und andere Länder bei der friedlichen Anwendung der Atomenergie zu unterstützen. „Doch wie wir sehen, werden diese Ziele nicht verfolgt", sagte Ahmadinedschad. Seit zweieinhalb Jahren werde mit Iran verhandelt. Nachdem man festgestellt habe, dass Iran nicht den Bau von Nuklearwaffen anstrebe, sei man dazu übergegangen, Iran die friedliche Nutzung, ja sogar die Atomforschung zu verbieten. „Sie sagen uns, ihr braucht keine Atomenergie. Und wir sagen ihnen, wenn die Atomenergie schlecht ist, stellt sich die Frage, warum ihr sie für euch verwendet. Euer Ziel ist, dass Iran rückständig bleibt. Sie sagen uns, ihr müsst beweisen, dass ihr keine Nuklearwaffen bauen wollt. Aber wir fragen euch, wie kann man etwas beweisen, was man nicht tut. (…) Sie sind so unverschämt geworden, dass sie uns nun auch die Forschung verbieten wollen. Es gibt Staaten in der Region, die über ein Arsenal von Atomwaffen verfügen und nicht einmal bereit sind, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen (Israel). Wieso haben diese Staaten das Recht, alles zu tun, was sie wollen, während uns als Mitglied des Atomwaffensperrvertrags alles verboten wird?" Sollten die Rechte Irans missachtet werden, warnte Ahmadinedschad, dann werde die Regierung ihre bisherige Politik überdenken und andere Wege einschlagen. Gemeint ist wohl die Kündigung des Atomsperrvertrags.

Abschließend sagte Ahmadinedschad: „Unser Volk sagt, die Nutzung der Atomenergie ist unser verbrieftes Recht. Damit ist klar, dass ihr mit euren Drohungen nichts ausrichten könnt." Das Angebot, Iran den Brennstoff für Atomreaktoren zur Verfügung zu stellen, bezeichnete Ahmadinedschad als „naiv". Iran bekomme seit siebenundzwanzig Jahren keine Ersatzteile für Flugzeuge, obwohl nach internationalen Vereinbarungen die Verkäuferstaaten verpflichtet seien, auch Ersatzteile zu liefern. Gemeint sind Ersatzteile für Flugzeuge, die Iran vor der Revolution aus Amerika gekauft hatte. Aufgrund des durch die USA über Iran verhängten Embargos werden seit der Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehörigen in Teheran im Jahre 1979 keine Ersatzteile geliefert. Iran werde sich nicht mehr in die Abhängigkeit begeben, betonte Ahmadinedschad. „Wir fürchten keine Macht der Welt", sagte er zum Schluss seiner Rede. „Treibt es nicht so weit, dass die Geduld unseres Volkes zu Ende geht und wir gezwungen werden, andere Wege einzuschlagen." Und gerichtet an die Versammelten sagte er: „Als euer Diener bedanke ich mich für eure Willensstärke und Standhaftigkeit. Zu mehreren zehn Millionen seid ihr heute hier erschienen und habt damit der ganzen Welt gezeigt, dass ihr die Würde und Unabhängigkeit des islamischen Iran standhaft verteidigen werdet."

Resolution zum 27. Jahrestag

Zum Abschluss der Kundgebung wurde eine Resolution in neun Punkten verabschiedet. Darin heißt es unter anderem: „Das iranische Volk hat sich entschieden. Es wird den Drohungen jener Staaten, die im Besitz von Nuklearwaffen sind und damit die Sicherheit der Völker und den Weltfrieden in Gefahr bringen, nicht weichen." Die Resolution nahm auch Bezug auf die beleidigenden Karikaturen in den europäischen Zeitungen und erklärte, das „islamische und ehrenvolle Volk Iran" betrachte die Beleidigung des Propheten nicht als Zufall und auch nicht als naiven Fehler der Presse, sondern als einen Akt der Rache und Feindschaft gegen den Islam. Daher sei der Boykott dänischer Waren und der Waren anderer Staaten, die die Kampagne unterstützt hätten, „das Mindeste, was man gegen diese „unverschämte Kampagne" unternehmen könnte. Die Resolution forderte alle Regierungen islamischer Staaten auf, noch entschiedener gegen die betreffenden Staaten vorzugehen, die diplomatischen Beziehungen zu diesen Staaten abzubrechen und deren Botschafter auszuweisen.

Renaissance des Islam

„Wir beobachten heute weltweit eine Renaissance des Islam", sagte Said Abutaleb, Abgeordneter im islamischen Parlament. „Es handelt sich um eine Bewegung, die als Rettung der Menschheit angesehen wird. Sie wird fernab aller unterschiedlichen religiösen Auffassungen von Menschen getragen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen."

Abutaleb, der vor einer Protestversammlung gegen Mohammed-Karikaturen sprach, sagte, die Verschmähung des Propheten in den Medien des Westens rühre daher, dass die Muslime die Fatwa (religiöser Befehl) des Imam Chomeini vor siebzehn Jahren gegen Salman Rushdi nicht ernst genommen haben. Heute basiere der Fundamentalismus auf einer „kollektiven Vernunft", die sich auf den Islam stütze und mit der sich der eigentliche Schlag gegen den Westen ausführen lasse. „Die Einheit und die islamische Prinzipientreue bilden die Voraussetzung für den Erfolg des Fundamentalismus", sagte Abutaleb. „Es war ein Fehler, dass wir uns in den vergangenen zwei Jahrzehnten auf einen Dialog eingelassen haben, den der Westen zum Vorwand nahm, um sich mehr als zuvor in unsere Angelegenheiten einzumischen."

Auch Mohammad Bagher Solghadr, Stellvertreter des Innenministers und ehemaliger Vizekommandant der Organisation der Revolutionswächter, lobte die neue Politik der Regierung Ahmadinedschads, die Iran endlich den Sieg beschert und dem Westen eine große Niederlage bereitet habe. „Wir befinden uns zurzeit in der Gründungsphase eines echten islamischen Staates", fügte Solghadr hinzu. Diese Phase sei aufgrund des Drucks von außen und des Widerstands im Innern sehr schwierig und zeitraubend. „Was wir anstreben, ist ein Staat, der sich nach den Werten, Gesetzen, Anweisungen und der Moral des Islam richtet und dementsprechend handelt."

Kultusministerium verkündet neue Richtlinien – Zensur wird verschärft

Kulturminister Mohammad Hussein Saffar Harandi gab am 13. Februar auf einer Pressekonferenz in Teheran die neuen Richtlinien der Kulturpolitik bekannt. Zunächst betonte der Minister die überragende Bedeutung und Rolle der Kultur. Weder die militärischen noch die organisierten politischen Kräfte seien damals als die Revolution ausbrach imstande gewesen, das Schah-Regime zu stürzen, sagte Harandi. Es sei einzig die islamische Kultur gewesen, die unter der Führung von Ayatollah Chomeini, der Bewegung zum Sieg verholfen habe. Es sei auch diese Kultur gewesen, die dem Land seit der Gründung der Islamischen Republik den Ansporn zu einer erfolgreichen Entwicklung gegeben habe. Heute gäbe es in Iran 130 Tageszeitungen mit unterschiedlichen politischen Ausrichtungen. Aber es gefalle ihm nicht, dass die Auflagen dieser Zeitungen niedrig seien, sagte der Minister. Iran verfüge heute über mehrere Fernsehprogramme und mehrere Nachrichtenagenturen. Die Filmkunst, das Theater und die bildenden Künste hätten große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Kunstschaffenden sei heute mehr als hundertfach größer als zu Zeiten der Revolution. Es gäbe im Iran zahlreiche Bibliotheken, die entsprechend der Bevölkerungsdichte im ganzen Land verteilt seien. Vor der Revolution habe es nicht mehr als 1000 neue Buchtitel im Jahr gegeben, sagte Harandi. Demgegenüber seien im laufenden Jahr (seit März 2005) 24000 neue Titel publiziert worden.

Nach dem Zustand der Musik gefragt, sagte der Minister: „Es gibt zwischen den Künsten keinen Unterschied und ich habe mit der Musik keine Probleme. Aber ich bin der Meinung, dass die Musik, die dargeboten wird, ein bestimmtes Niveau nicht unterschreiten sollte. Die Musik muss Wissen und religiöse Gefühle vermitteln, sie muss eine Brücke bilden zwischen Himmel und Erde. Eine Musik, die sich nur mit Irdischem befasst, bahnt den Weg zum Verderben und zur Dekadenz."

Auf die Frage, warum die Internet-Seite der BBC gefiltert worden sei, antwortete der Minister, der Grund sei die iranfeindliche Politik des Senders gewesen. Das Verhalten der Regierung gegenüber der BBC werde sich danach richten, wie sich die BBC Iran oder dem Islam gegenüber verhalte, sagte der Minister, fügte aber gleich hinzu: „Für ausländische Journalisten gibt es im Iran keinerlei Auflagen und Einschränkungen."

Der Minister äußerte sich auch zu der Zensur von Büchern. Es gäbe keine willkürliche Zensur, sagte Harandi. „Wir halten uns an die Gesetze und Bestimmungen". Sein Ministerium sei entschlossen, alle Bücher zu verbieten, die „den Verstand des Lesers beleidigen" oder Bücher, die unerlaubte Gedanken und Auffassungen vertreten. Solche Bücher, selbst jene, die zur Zeit der Vorgängerregierung von der Zensurbehörde eine Druckerlaubnis erhalten hätten, werde man verbieten. „Auch in Frankreich", fügte der Minister hinzu, „einem Land, das als Wiege der Freiheit gilt, werden bestimmte Bücher verboten."

Er müsse gestehen, sagte Harandi, dass ihm vieles, was heute im Bereich der Kultur angeboten werde, nicht gefalle. Dennoch seien seit der Amtsübernahme der neuen Regierung den Kulturschaffenden keinerlei Einschränkungen auferlegt worden, betonte der Minister, ohne den Widerspruch in seinen Äußerungen und die Absurdität seiner Behauptung zu bemerken. Er fuhr fort: „Wir werden die Pressefreiheit unterstützen. Aber wenn jemand Nachrichten verbreitet, die unseren Feinden zugute kommen, werden wir solche Verstöße gegen die Interessen unseres Volkes nicht dulden. Für uns genießt die Pressefreiheit eine hohe Achtung, aber noch höher stehen für uns die Rechte und Interessen des Volkes. Sollte jemand die Freiheit missbrauchen und sich gegen die Interessen des Volkes stellen, werden wir entsprechend reagieren."

Ex-Regierungssprecher angeklagt

Abdollah Ramezanzadeh, Sprecher der Regierung Chatami, wurde am 19. Februar vom Staatsanwalt über die Punkte der Anklage informiert. Ihm wird vorgeworfen, als Regierungssprecher durch seine Stellungnahmen Aufruhr gestiftet zu haben.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Reformer Ramenzanzadeh für seine politischen Stellungnahmen von der von Konservativen beherrschten Justiz zur Rechenschaft gezogen wird. Vor zwei Jahren wurde er wegen seiner kritischen Äußerung in einer Tageszeitung gegen die massenhafte Ablehnung von Kandidaten für das Parlament gerichtlich verfolgt.

Selbstmordversuch einer Journalistin

Die Tageszeitung „Hambastegi" berichtete in ihrer Ausgabe vom 16. Februar von einem Selbstmordversuch der Journalistin Elham Afrutan. Dem Bericht zufolge hat der Provinzgouverneur von Hormozgan, Abdolreza Scheikh al Eslami, bestätigt, dass die Journalistin, die sich in Haft befindet, zweimal versucht habe, sich das Leben zu nehmen.

Elham Afrutan, die aus der im Süden gelegenen Hafenstadt Bandar Abbas stammt, wurde am 23. Januar festgenommen, weil sie einen satirischen Artikel in ihrer Wochenzeitschrift „Tamadon-e Hormozgan" veröffentlicht hatte, der seitens der Behörden als Beleidigung Ayatollah Chomeinis aufgefasst wurde. Darin wird das Jahr 1979, das Jahr der islamischen Revolution, als Beginn des Ausbruchs der Aids-Krankheit bezeichnet. Die Redakteurin hatte den Artikel im Internet gefunden und ihn in ihrer Zeitschrift nachgedruckt. Nach dem Erscheinen des Artikels wurden zunächst in einigen Städten der Provinz Hormozgan Demonstrationen gegen die Zeitschrift veranstaltet, einige Prediger beschimpften die Zeitschrift beim Freitagsgebet und eine Schlägergruppe demolierte die Redaktionsräume und setzte sie in Brand. Schließlich schritt die Justiz ein.

Sieben Redakteure und Redakteurinnen, darunter Afrutan, wurden festgenommen und das Erscheinen des Wochenblatts wurde verboten. Der Herausgeber der Zeitschrift, Ali Dirbaz, ist Abgeordneter im islamischen Parlament. Auch er wurde zunächst in Haft genommen, später jedoch gegen eine Kaution in Höhe von umgerechnet 3000 Euro freigelassen.

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen" hat gegen die Verhaftung der Journalisten protestiert und erklärt, dass sie über das Schicksal der Journalistin Elham Afrutan „sehr besorgt" sei. In der am 17. Februar veröffentlichten Presseerklärung heißt es, die Inhaftierten würden gezwungen, sich selbst zu bezichtigen und zuzugeben, dass sie den Artikel „im Auftrag des Auslands" veröffentlicht haben. Die Organisation fordert die iranische Justiz auf, die Öffentlichkeit über den Zustand von Elham Afrutan zu informieren. Seit ihrer Haft habe sie weder einen Anwalt noch ihre Verwandten empfangen dürfen. „Ihr Schicksal ruft den Fall der iranisch-kanadischen Reporterin in Erinnerung, die vor zweieinhalb Jahren in Teheran verhaftet und in Untersuchungshaft getötet wurde und von deren Tod man erst nach 21 Tagen erfahren hat", heißt es in der Erklärung der „Reporter ohne Grenzen".

Der eigentliche Autor des Artikels, F. M. Sokhan, veröffentlichte auf der Internet-Seite des Gooya-Nachrichtendienstes eine Erklärung, in der er sein „tiefstes Bedauern" über den Vorfall ausdrückt und die sofortige Freilassung der Journalisten fordert. „Wenn ich mir vorstelle, dass Frau Afrutan von den Untersuchungsbeamten in einer geheimen Haftanstalt getreten und geschlagen wird, damit sie zugibt, dass der satirische Artikel vom Ausland im Auftrag gegeben worden ist und die junge Frau bei allem, was ihr heilig ist, schwört, dass sie den Artikel aus dem Internet genommen und ihn irrtümlich in der Zeitschrift veröffentlicht hat, und wenn ich mir vorstelle, dass der Untersuchungsbeamte ihr nicht glaubt und immer weiter zuschlägt, zittere ich vor Entsetzen am ganzen Körper", schreibt Sokhan. „Ich frage mich, wie wahrscheinlich es ist, dass es in dem Gefängnis einen Computer mit Internetanschluss gibt und ob der Untersuchungsbeamte sich die Mühe macht, nachzuschauen und festzustellen, dass Frau Afrutan die Wahrheit sagt. Ich hoffe, dass meine Worte die Beamten im Gefängnis erreichen und sie die unschuldige Frau freilassen."

Indes hat der Direktor der Teheraner Gefängnisse, Sohrab Soleimani, der Nachrichtenagentur ISNA gegenüber erklärt: „Frau Afrutan hat weder Selbstmord begangen, noch den Versuch eines Selbstmords unternommen. Sie befindet sich zurzeit in der Frauenabteilung des Teheraner Evin-Gefängnisses und es geht ihr gut." Der Justizchef der Provinz Hormozgan, Mohsen Yektan, erklärte, die Journalisten seien nach Teheran gebracht worden, weil der Herausgeber der Zeitschrift Parlamentsabgeordneter sei und der ganze Fall in der Hauptstadt geregelt werden müsse.

Mitglieder des ehemaligen Revolutionsrats kritisieren aktuelle Politik

Fünf Mitglieder des ehemaligen Revolutionsrats, der zu Beginn der Revolution die Staatsführung innehatte, haben in einem offenen Brief „an das iranische Volk" die Innen- und Wirtschaftspolitik scharf kritisiert und davor gewarnt, dass der neue Kurs in der Außenpolitik nicht nur die Existenz des herrschenden Systems, sondern die Unabhängigkeit und Souveränität des Landes gefährden könnte.

„Gut ein Viertel Jahrhundert nach der Revolution müssen wir mit großem Bedauern feststellen, dass von der Freiheit und Autonomie des Volkes, die zu den großen Zielen der Revolution gehörten, nur noch eine Schale übrig geblieben ist", schreiben die populären Politiker. Zwar habe die islamische Revolution Iran vom Joch fremder Mächte befreit und das Land sei nach wie vor unabhängig. Aber die Aussetzung der grundsätzlichen Rechte und Freiheiten, insbesondere die Aussetzung der Macht des Volkssouveräns und der republikanischen Substanz des Staates und die Zuwendung zur Alleinherrschaft, die im Namen des Islam betrieben werde, seien besorgniserregend. Hinzu käme die konfrontative Außenpolitik, die eine ernsthafte Gefahr für die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Einheit des Landes darstelle. Die Staatsführung sei in die Hand von Leuten gelegt worden, die nicht über die nötige Qualifikation verfügen, um Verantwortung zu übernehmen und die schwierigen innen- und außenpoliti-

schen Probleme zu lösen. (Ahmadinedschad hat bereits in den ersten zwei Monaten nach seiner Amtsübernahme nahezu sämtliche erfahrene Staatsfunktionäre aus dem Amt gejagt und die Stellen mit seinen Kampfgefährten, Verwanden und Freunden umbesetzt.) Anstatt zu allen Ländern freundschaftliche Beziehungen herzustellen, werde überall Feindschaft geschürt, selbst gegen Staaten, die gewillt seien, „mit uns freundschaftliche Beziehung zu pflegen".

Die ehemaligen Mitglieder des Revolutionsrats verurteilen das Bestreben der neuen Machthaber, den Islam und die republikanische Staatsform als Gegensätze darzustellen und sämtliche Instanzen, die den Volkswillen repräsentieren, zugunsten eines vermeintlich rein islamischen Gottesstaats auszuschalten. Diese politische Strömung werde auch noch mit Milliarden Tuman aus der Staatskasse finanziert, schreiben die Politiker. Hier werde der Glaube zugunsten der Macht geopfert und statt Aufklärung Aberglauben propagiert.

In der Wirtschaft werde anstelle der produktiven Industrie „die schlimmste Sorte des Handelskapitalismus" gefördert. Missbrauch der Staatsgelder, Korruption und Vetternwirtschaft hätten zum moralischen Zerfall geführt. Das Ergebnis sei, dass Iran trotz hoher Öleinnahmen und unbegrenzter Möglichkeiten heute weit hinter Ländern wie Indien oder manchen arabischen Nachbarländern stehe. Die Mehrheit des Volkes leide unter Armut. Kriminalität, Prostitution und Drogensucht hätten sich in den letzten Jahren weit verbreitet.

Die Unterzeichner warnen vor der Fortsetzung der gegenwärtigen Politik, die ins Verderben führen würde. „Wir wollen den Verantwortlichen den Rat geben, innezuhalten, den eingeschlagenen Weg nicht fortzusetzen, die Realitäten zu akzeptieren und das Volk nicht aus den Entscheidungen auszuschließen", schreiben die Politiker. Sie rufen alle Gruppen, Parteien und Verbände auf, die Gefahren, die das Land bedrohen, aufzuhalten und trotz unterschiedlicher Ansichten die nationale Souveränität des Landes zu verteidigen.

Freiwillige melden sich zu Selbstmordanschlägen

Der Sprecher der Organisation „Esteschhadiun" (zum Märtyrertod Bereite) sagte bei einer Versammlung an der Khadjeh-Nasir-Universität in Teheran, mehr als tausend Menschen hätten sich freiwillig gemeldet, im Falle eines Angriffs gegen Iran an Selbstmordkommandos gegen britische und amerikanische Militärs im Nachbarland Irak teilzunehmen. Sie seien für solche Aktivitäten ausgebildet und jederzeit einsatzbereit. Die militante Organisation „Esteschhadin" wurde 2004 gegründet. Sie wirbt bei Freitagsgebeten, Kundgebungen und Versammlungen um Mitglieder, die zu Selbstmordanschlägen bereit wären. Auch bei den Studenten versucht sie für ihre Ziele zu werben.

II. Wirtschaft

Schäden des Atomkonflikts für die deutsche Wirtschaft

Die Vertreter der deutschen Wirtschaft befürchten, dass die Eskalation des iranischen Atomkonflikts und mögliche Wirtschaftssanktionen gegen Iran den deutsch-iranischen Wirtschaftsbeziehungen großen Schaden zufügen würden. Mit mehr als vier Milliarden Euro hatte der deutsche Export nach Iran im vergangenen Jahr einen Rekordwert erreicht. Das war nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) ein Viertel mehr als 2004. Demgegenüber beliefen sich die Importe aus Iran – hauptsächlich Teppiche und Pistazien – nur auf 400 Millionen Euro. Eine Beeinträchtigung oder gar ein Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern würde demnach der deutschen Wirtschaft weit mehr schaden als der iranischen. DIHK-Nahost-Experte Joachim Clausnitzer sagte: „Wenn es ein richtiges Embargo gäbe, würde der Handel mit Iran weg brechen." Daher haben sich die meisten Wirtschaftsverbände in Deutschland gegen Sanktionsmaßnahmen ausgesprochen. DIHK-Chef Ludwig Braun bezeichnete Sanktion in einem Gespräch mit dem „Handelsblatt" als „kontraproduktiv". „Ich befürchte, dass die Radikalität dann zunimmt", sagte Anton Börner, Präsident des Bundesverbandes für Groß- und Außenhandel(BGA).

Konkrete Sanktionen stehen zwar nicht unmittelbar bevor. Alle Beteiligten bekunden immer mehr ihren Willen, den Konflikt auf diplomatischem Weg lösen zu wollen. Aber bereits jetzt sind die negativen Wirkungen auf die Wirtschaft spürbar. „Die Banken geben eine höhere Risikoeinschätzung ab. Damit sind die Geschäfte schwerer zu finanzieren", sagte Clausnitzer. Auch ist die Bewilligung deutscher Exportbürgschaften schwerer geworden. Bisher war Deutschland mit Exportkrediten im Wert von rund einer Milliarde Euro (Hermesbürgschaften) der international größte Geldgeber für Geschäfte mit Iran.

Allerdings braucht Deutschland zumindest vorläufig von iranischer Seite keine Sanktionen zu befürchten. Denn anders als zum Beispiel Dänemark, das Konsumgüter wie Milchprodukte nach Iran liefert – Güter, die durch die Bevölkerung leicht boykottiert werden können -, liefert Deutschland hauptsächlich Maschinen und Anlagen nach Iran. So baut der Industriehersteller Linde eine Petrochemie-Anlage am Persischen Golf, der Münchener Siemens-Konzern Kraftwerke und der Nutzfahrzeughersteller MAN liefert Motoren. Zudem rüstet in diesem Jahr die Sportartikelfirma Puma den iranischen Fußballverband IFF für die Fußball-Weltmeisterschaft aus. Aus diesem Grund konnte der so genannte Karikaturenstreit keine Auswirkungen auf die deutsch-iranische Wirtschaftsbeziehungen haben.

Die Bundesregierung versuchte, die deutsche Wirtschaft, vor allem Unternehmen, die in Iran stark engagiert sind, zu beruhigen. Der stellvertretende Regierungssprecher Thomas Steg erklärte, die Bundesregierung wolle keine Wirtschaftsmaßnahmen gegen Iran verhängen. „Die Bundesregierung hat ein ausdrückliches Interesse an einem umfassenden Dialog der Kulturen und einem Dialog der Religionen, aber auch an einem wirtschaftlichen Austausch", sagte Steg bezogen auf die Forderung nach Sanktionen gegen jene Staaten, in denen gegen Mohammed-Karikaturen protestiert wurde. Deutschland plane keinen Abbruch diplomatischer Beziehungen oder Einschnitte bei Hilfeleistungen. Grundsätzlich werde Deutschland keine einseitigen Maßnahmen ergreifen. „Alles was diskutiert wird, wird gemeinsam mit den europäischen Partnern in der europäischen Union diskutiert", betonte Steg. Dort gebe es keine Überlegungen, Wirtschaftssanktionen zu verhängen.

Iran-Krise gefährdet deutschen Aufschwung

Eine Zuspitzung des Konflikts um das iranische Atomprogramm könnte nach Meinung von Wirtschaftsexperten vor allem durch einen raschen Anstieg der Benzinpreise den deutschen Aufschwung gefährden. „Die steigende Tendenz bei Öl- und Benzinpreisen wird sich in den nächsten Wochen fortsetzen", sagte Claudia Kemfert, Energieexpertin des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), der „Bild am Sonntag". Bei anhaltender Krise könnte der Ölpreis bald die 80-Dollar-Grenze pro Barrel erreichen. „Wir rechnen für diesen Fall mit neuen Höchstständen an den Tankstellen von mehr als 1,50 Euro je Liter", sagte Kemfert.

Für die Konjunktur befürchtet die DIW-Expertin negative Folgen. „Bleiben Öl- und Benzinpreise über einen längeren Zeitraum so hoch, mindert dies nach unseren Berechnungen das Wachstum in Deutschland um bis zu 0,2 Prozentpunkte."

Auch Michel Heise, Chefvolkswirt von Allianz und Dresdner Bank, sagte der „Bild am Sonntag" die Iran-Krise sei derzeit das größte Risiko für die Weltwirtschaft. Der Benzinpreis könne deshalb kurzzeitig seine alten Höchststände von 1,44 Euro pro Liter Super erreichen. Heise hält ebenfalls den Wirtschaftsaufschwung in diesem Jahr für gefährdet.

Diese Einschätzung teilte auch der Wirtschaftsweise Peter Bofinger. Die Iran-Krise könne die Entwicklung verschärfen, in der sich die Preise für Energie-Rohstoffe in den vergangenen zwei Jahren nahezu verdoppelt hätten, sagte er der „Bild Zeitung". „Daher warne ich davor, jetzt schon Champagner-Flaschen auf den Aufschwung 2006 zu öffnen."

Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU) sagte der „BamS": „Natürlich schafft die Iran-Krise auch ein Risiko für die Energiepreise in Deutschland. Weil der Gaspreis an den Ölpreis gebunden ist, handelt es sich sogar um ein doppeltes Risiko. Das bereitet mir Sorgen."

Ermittlung gegen Deutsche wegen Hilfe für Irans Atomprogramm

Nach Angabe der Bundesanwaltschaft wird gegen eine Gruppe von Deutschen ermittelt, die Iran bei der Bestellung von Technologie zur Entwicklung von Atomwaffen geholfen haben.

Die Sprecherin der Bundesanwaltschaft, Frauke-Katrin Scheuten, bestätigte, dass ihre Behörde im Kontakt mit der Internationalen Atomenergiebehörde sei. Die IAEA ermittle gegen einen Geheimdienst, der Atomtechnologien verbreitet. Details nannte sie nicht. Ein mit dem Fall vertrauter EU-Diplomat sagte der Agentur Reuters, den etwa acht Deutschen werde vorgeworfen, sie hätten Irans Geheimdienst bei der Beschaffung atomarer Technologie geholfen, die westliche Staaten dem Land nicht liefern wollten. Gegen die Männer, die in Deutschland, Südafrika und der Schweiz lebten, würden Anklagen vorbereitet. Einige seien in Untersuchungshaft. Sie sollen Iran und Libyen geholfen haben, Zentrifugen und andere Geräte und Materialien zu beschaffen.

Wie Reuters berichtet, sollen die Verdächtigen nach Angaben von Diplomaten Verbindungen zum so genannten „Khan-Netzwerk" haben, einem Schwarzmarkt für Atomtechnologie, der nach dem Vater der pakistanischen Atombombe, Abdul Kadi Khan, benannt ist. Der inzwischen in Ungnade gefallene Khan hat zugegeben, Nordkorea, Iran und Libyen mit geheimen Informationen über atomare Technologie versorgt zu haben. Die Beteiligung von Deutschen an dem Netzwerk war zwar bereits bekannt. Die Ermittlungen hätten aber Hinweise auf ein größeres Ausmaß deutscher Beteiligung gebracht, sagten Diplomaten. Auch Bürger anderer europäischer Staaten wie Franzosen, Belgier, Schweizer und Briten sollen zur Entwicklung des iranischen Atomprogramms beigetragen haben.

Nach dem Reuters-Bericht hat der frühere UN-Waffeninspektor David Albright die deutschen Ermittlungen begrüßt. „Ich sehe darin überhaupt keine Anklage gegen Deutschland", sagte Albright, der inzwischen das Washingtoner „Institute for Science and International Security" (ISIS) leitet. Die Ermittlungen zeigten eher, wie entschlossen Deutschland diesen Dingen nachgehe. „Einige von diesen Leuten sind abgebrühte Verbrecher, die entschlossen waren, ihr Geschäft zu machen" sagte Albright der Nachrichtenagentur Reuters. Nach Angaben von Diplomaten sind die formalen Anklagen gegen die Verdächtigen noch nicht fertig. Gegenwärtig würden noch Beweise gesammelt. Zudem sei die Auslieferung der im Ausland lebenden Deutschen schwierig. Sie sollten des Verrats angeklagt werden.

Im Januar klagten Ermittler zwei Deutsche der Spionage an, die nach Angaben von Diplomaten und Geheimdienstmitarbeitern Iran bei der Entwicklung von Raketen geholfen haben sollen. Die Raketen könnten atomare Sprengköpfe transportieren. Im September 2004 wurden der in Südafrika lebende Deutsche Gerhard Wisser und sein Schweizer Kollege Daniel Geiges festgenommen. Die Ermittler in Südafrika werfen ihnen eine Verbindung zum Khan-Netzwerk vor. Sie sind seither in Südafrika in Haft.

Die EU warnt Iran vor Boykottmaßnahmen gegen Dänemark

Der EU-Kommissar für Handel, Peter Mandelson, warnte Iran vor übereilten Entscheidungen, dänische Waren zu boykottieren oder bestehende Verträge mit Dänemark zu kündigen. Derlei Maßnahmen könnten die Beziehungen zwischen Iran und der EU empfindlich beeinträchtigen, sagte Mandelson. „Ich möchte die iranische Regierung darauf hinweisen, dass wir Boykottmaßnahmen gegen Dänemark als einen Boykott der gesamten EU-Mitgliedstaaten auffassen werden. Ich hoffe, dass diese Warnung von der iranischen Regierung richtig verstanden wird."

Mit dieser Warnung reagierte Brüssel auf eine Ankündigung des Handelsministeriums in Teheran, Dänemark wegen der Veröffentlichung von beleidigenden Mohammed-Karikaturen mit dem Abbruch von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu bestrafen. „Nach meiner Überzeugung können Boykottmaßnahmen die bestehenden Probleme nicht lösen und sie würden für beide Seiten Schaden bringen", sagte Mandelson. Die EU werde sich bemühen, die Konflikte so rasch wie möglich auf friedlichem Weg beizulegen und den bereits entstandenen Schaden einzugrenzen.

Die EU ist der größte Handelspartner Irans. Im Jahre 2004 exportierten die 25 EU-Mitgliedsstaaten Waren im Wert 11,8 Milliarden Dollar nach Iran. Demgegenüber betrug der Import aus Iran einen Wert von 9,2 Milliarden Dollar. Dänemark exportierte im gleichen Zeitraum Waren im Wert von 280 Millionen Dollar nach Iran. Der Import aus Iran war mit 5 Millionen wesentlich geringer.

Dänische Kekse in „Rosen von Mohammed" umgetauft

Aus Protest gegen die Veröffentlichung von Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung wurden die in Iran beliebten dänischen Kekse „Danish Pastries" in „Rosen des Propheten Mohammed" umbenannt. Die Umbenennung erfolgte aufgrund einer Verfügung der Konditorei-Innung. „Angesichts der Beleidigungen des Propheten in dänischen Zeitungen werden Danish Pastries mit sofortiger Wirkung ‚Rose von Mohammed'-Gebäck heißen, erklärte die Organisation. Alle Bäckereien und Konditoreien befolgten die Verfügung. Wie AP berichtet, wurde in einer der beliebtesten Bäckereien der Hauptstadt Teheran das Wort „dänisch" mit einem schwarzen Band verdeckt, auf dem „Oh Hussein" stand – eine Referenz an den schiitischen Märtyrer Imam Hussein.

Die Kekse werden in Iran selbst hergestellt und nicht aus Dänemark eingeführt. Die Umbenennung erinnert an die Zeit des Irak-Kriegs. Damals wurde in den USA die traditionelle Bezeichnung „french fries" für Pommes frites in „freedom fries" umbenannt, weil Frankreich sich geweigert hatte, am Krieg teilzunehmen.

Immer weniger Touristen in den Iran

Wie der Chef des Verbandes iranischer Touristikunternehmen, Ebrahim Purfaradj, der Nachrichtenagentur ILNA mitteilte, haben in den letzten Monaten zahlreiche ausländische Reisegesellschaften ihre gebuchten Reisen nach Iran annulliert. „Die Sorge der Unternehmen steigt", sagte Purfaradj. Selbst der direkte Kontakt hätte die Verantwortlichen im Ausland nicht davon überzeugen können, dass Reisen nach Iran ohne Risiko seien. Es gehe nicht nur um Entscheidungen der Reisegesellschaften, sondern um auch die der Passagiere, die aufgrund der Eskalation des iranischen Atomkonflikts und eines möglichen militärischen Angriffs auf Iran kein Risiko eingehen wollen. Insbesondere deutsche Touristen hätten ihre geplanten Reisen für das Frühjahr storniert, erklärte Purfaradj. Sollten sich die Absagen fortsetzen, wäre dies ein harter Schlag für die iranische Tourismuswirtschaft.

US-Boykott gegen Firmen, die das iranische Atomprogramm unterstützen

Das US-Finanzministerium hat bekannt gegeben, alle Firmen, die direkt oder indirekt das iranische Atomprogramm unterstützen, boykottieren zu wollen. Diese Maßnahme, die auch im Bezug auf Nordkorea beschlossen wurde, solle die beiden Staaten mehr als bisher unter Druck setzen und die Weiterentwicklung ihres Atomprogramms verhindern. Die Maßnahme betreffe laut Finanzministerium nicht nur Firmen, die Raketenteile oder Geräte zur Produktion von Nuklearwaffen an Iran oder Nordkorea liefern, sondern auch Unternehmen und Zwischenhändler, die den beiden Staaten Zugang zu den Märkten verschaffen.

Wie ein Sprecher des Ministeriums sagte, sei die Umsetzung der Verordnung äußerst kompliziert. Die Behörden seien erst dabei, sich die notwendigen Sachkenntnisse anzueignen und Informationen zu sammeln. Bereits im Januar waren zwei Firmen, die ihren Sitz in Teheran hatten, aus dem Handel ausgeschlossen worden.

61 Prozent des Haushalts wird durch Ölindustrie erwirtschaftet

Eine Expertengruppe im iranischen Parlament, die sich mit dem neuen Haushaltsplan für das neue Jahr (Beginn 21. März) beschäftigt, hat erklärt, dass 61, 3 Prozent des Haushalts durch Einnahmen aus der Ölindustrie gedeckt werden soll. In Zahlen ausgedrückt wird dieser Teil des Haushalts gedeckt durch 14,661 Milliarden Dollar aus den Öleinnahmen, 4 Milliarden Dollar Devisen für den Import von Benzin, 2,930 Milliarden Dollar Ölsteuern, 2,628 Milliarden Dollar aus dem Gewinn der staatlichen Ölindustrie und 16,436 Milliarden Dollar aus den Devisenreserven, insgesamt 40,655 Milliarden Dollar.

III. Außenpolitik

Atomkonflikt: Russland und Iran angeblich im Grundsatz einig

Russland und Iran haben sich über den russischen Vorschlag „grundsätzlich" geeinigt. Der Chef der iranischen Atomenergieorganisation, Gholamresa Aghasadeh, sagte am 26. Februar auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit seinem russischen Kollegen Sergej Kirijenko in der südiranischen Stadt Buschihr, seine Behörde habe sich mit Russland „im Grundsatz" auf die Schaffung eines Gemeinschaftsunternehmens zur Urananreicherung in Russland geeinigt. „Unsere gemeinsame Haltung ist, dass wir Fortschritte gemacht haben." Beide Seiten seien zuversichtlich, dass noch vor dem Treffen der Internationalen Atombehörde (IAEA) am 6. März in Wien eine Lösung gefunden werde. Sollte Iran bis dahin nicht einlenken, wird sich gemäß eines Beschlusses des IAEA-Gouverneurrats der UN-Sicherheitsrat mit dem Konflikt befassen.

Kirijenko sagte, die Gespräche würden in den nächsten Tagen in Moskau fortgesetzt werden. „Wir warten noch auf eine Zusage Irans, die garantiert, dass kein Nuklearmaterial entwendet wird", sagte er.

Russland hatte im iranischen Atomkonflikt vermittelnd angeboten, auf seinem Territorium Uran für Iran anzureichern. Der Plan wird sowohl von der EU als auch von den USA unterstützt.

Ob die Ankündigung einer „grundsätzlichen Einigung" tatsächlich zu einer endgültigen Einigung führen wird, darf bezweifelt werden. Es ist schwer vorstellbar, dass Iran nach der massiven Propaganda für das Recht, den atomaren Brennstoff im eigenen Land zu produzieren, auf eben dieses Recht verzichten wird. Es könnte durchaus sein, dass Iran dasselbe Katz-und-Maus-Spiel, das es über zwei Jahre mit der EU getrieben hat, nun mit Russland erprobt. Teheran will mit allen Mitteln eine Einschaltung des UN-Sicherheitsrats am 6. März verhindern. Möglich ist aber auch, dass es den moderaten Konservativen gelungen ist, dem radikalen Staatspräsidenten Ahmadinedschad Zügel anzulegen.

Iran hatte am 22. Februar weitere Gespräche mit der EU-Troika Deutschland, Frankreich, Großbritannien über sein

Atomprogramm abgesagt. Außenminister Manuchehr Mottaki, der sich zuvor zu Gesprächen in Brüssel aufgehalten hatte, sagte nach seiner Rückkehr auf einer Pressekonferenz in Teheran, seine Regierung sei nur noch bereit, bilateral mit einzelnen EU-Staaten zu verhandeln.

„Substanziell hat sich die Position Irans nicht geändert", sagte EU-Außenbeauftragter Javier Solana nach einem 90-minütigen Gespräch mit Mottaki. Demgegenüber betonte Mottaki nach dem Treffen mit Solana, die friedliche Nutzung der Atomenergie sei „ein Recht aller Nationen". Er warf dem Westen vor, „eine nukleare Apartheid zu unterstützen, die wir nicht akzeptieren können."

USA arbeiten an Angriffsplänen

Wie die britische Zeitung „Sunday Telegraph" in ihrer Ausgabe vom 12. Februar berichtete, arbeiten US-Militärstrategen und Planer des US-Zentral- und Strategie-Kommandos an Plänen für einen möglichen militärischen Angriff auf Iran. Sie identifizieren Ziele und arbeiten an der Logistik für einen Einsatz. Ein Bericht über die Planungen gehe an das Büro von US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, damit es eine militärische Option für den Fall gebe, dass die diplomatischen Bemühungen um die Einstellung der umstrittenen iranischen Atomaktivitäten scheiterten, berichtete die Zeitung.

„Das ist mehr als die Standardeinschätzung der militärischen Eventualitäten", zitierte Sunday Telegraph einen ranghohen Pentagonberater. In den vergangenen Monaten habe das Thema eine „viel größere Dringlichkeit" erhalten.

Iran fordert Großbritannien zum Abzug aus Südirak auf

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki hat während eines Besuchs im Libanon am 17. Februar Großbritannien aufgefordert, seine Truppen aus der südirakischen Stadt Basra abzuziehen. Die Präsenz britischer Soldaten destabilisiere die Stadt, sagte der Minister. Auch die Lage im Süden Irans werde durch britische Truppen negativ beeinflusst.

Anlass zu dieser Aufforderung lieferten eine Reihe von Anschlägen, die in den letzten Monaten im Südwesten Irans, in der Provinz Chusistan, stattgefunden hatten. Die Stadt Basra liegt in unmittelbarer Nachbarschaft dieser Provinz. Die iranische Regierung und die Verantwortlichen für die Streitkräfte und Geheimdienste hatten oft die Briten beschuldigt, die Anschläge in Auftrag gegeben und in Chusistan Unruhen angezettelt zu haben.

Mottaki sprach auch von eklatanten Menschenrechtsverletzungen durch britische Soldaten in Basra. Der Zorn in der islamischen Welt über die Präsenz westlicher Truppen im Irak war jüngst durch Misshandlungsbilder aus der US-geführten Haftanstalt Abu Ghraib entflammt. Auch ein Bericht der Vereinten Nationen über die Zustände im US-Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba sorgte für Unmut.

Großbritanniens Premierminister Tony Blair wies die Forderungen der iranischen Regierung zurück. Die Dauer des Aufenthalts der Soldaten hänge von der UNO und dem Willen der irakischen Regierung ab, sagte Blair während seines Besuchs in Berlin. „Die britischen Soldaten sind im Irak unter einem Mandat der Vereinten Nationen und mit Zustimmung der irakischen Regierung." Sie würden solange die irakische Regierung möchte, bleiben. An die iranische Regierung gerichtet, sagte Blair: „Es hat überhaupt keinen Sinn, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vom Iran abzulenken, indem man jetzt solche Forderungen zum Irak aufstellt."

Zeitungsbericht: Iranische Todesschwadronen destabilisieren Irak

Einem Bericht der Osnabrücker Zeitung vom 18. Februar zufolge, unterhält Iran zahlreiche Terrortruppen im Irak. Die Todesschwadronen unter dem Namen „Engel des Todes" sollen bereits zahlreiche Iraker getötet haben und neun Spitzenpolitiker auf einer Schwarzen Liste führen, schreibt die Zeitung. Unter den Politikern im Visier der Gruppen seien der frühere Übergangsregierungschef Ijad Allawi und der Vorsitzende des sunnitischen Rates der Religionsgelehrten, Scheich Harith el Dhari. Die Zeitung beruft sich auf ein Geheimdokument irakischer Sicherheitskreise, das von ranghohen Politikern

in Bagdad als „sehr glaubwürdig" eingestuft worden ist.

Dem Dokument zufolge sollen iranische Machthaber kurz nach der Wahl Ahmadinedschads im August vergangenen Jahres ihren irakischen Geheimagenten im Irak befohlen haben, neue terroristische Gruppen im Irak zu bilden. Das Ziel dabei sollte sein, Gegner der Einflussnahme Irans auf die Schiiten im Südirak systematisch einzuschüchtern oder zu liquidieren. Ferner sollen die Todesschwadronen Unruhen im Irak schüren und damit einen möglichen Angriff der US-Streitkräfte gegen Iran zu erschweren, schreibt die Osnabrücker Zeitung.

Nach Angaben der Zeitung verfügen die Todesschwadronen über ein Netz von Tarnfirmen und rekrutieren sich dem mehrseitigen Dokument zufolge aus den Badr-Milizen und dem so genannten Bataillon Jerusalem, die das Innen- und Verteidigungsministerium in Bagdad sowie die neue irakische Polizei zum Teil unterwandert hätten.

Arabische Staaten sollen Iran isolieren

US-Außenministerin Condoleezza Rice hat die arabischen Staaten aufgefordert, Iran zu isolieren, falls das Land an seinem Atomprogramm festhält. „Ich hoffe, dass die Staaten, die besorgt über die Entwicklung sind, auch wirklich bereit sind, den Iranern zu sagen: ‚Wenn ihr diesen Weg weiter beschreitet, werden wir euch isolieren'", sagte Rice in einem Interview mit arabischen Medien vor ihrer Reise nach Ägypten, Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate. Iran werde einer internationalen Isolation nicht standhalten können, meinte die US-Außenministerin. Sie fügte hinzu, es bestehe kein Zweifel daran, dass Syrien, Iran und die Hisbollah in Libanon auch in Zukunft in der Region die größten Probleme bilden werden.

Einige Regierungen arabischer Staaten haben sich bereits besorgt über das iranische Atomprogramm geäußert. Einen Tag vor dem Interview der US-Außenministerin hatte die Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate die Meinung geäußert, iranische Atomreaktoren könnten auch die Umwelt in der Golfregion gefährden. Bei Störungen, die zur radioaktiven Verseuchung der Luft führen, gäbe es keinen Schutz für die Menschen in der Region. Auch andere Golfstaaten haben des öfteren eine atomwaffenfreie Zone für den Nahen und Mittleren Osten gefordert und auch an Iran deutlich die Forderung gestellt, auf Atombomben zu verzichten. Hingegen hat bisher kein arabisches Land das Recht Irans zur friedlichen Nutzung der Atomenergie in Frage gestellt.

Frankreich spricht vom militärischen Atomprogramm Irans

Der französische Außenminister Philippe Douste-Blazy hat Iran vorgeworfen, im Geheimen ein militärisches Atomprogramm zu verfolgen. Douste-Blazy sagte am 16. Februar im Fernsehsender France-2, kein ziviles Programm könne die iranischen Nuklearaktivitäten erklären. „Es ist ein geheimes militärisches Atomprogramm", erklärte der Außenminister. Die internationale Gemeinschaft habe Teheran eine klare Botschaft gesandt, doch Iran höre nicht. Nun sei der UN-Sicherheitsrat am Zug.

Bulgarien zur Teilnahme am möglichen Iran-Krieg bereit

Bulgariens Verteidigungsminister Vesslin Bliznakov hat in einem Fernseh-Interview vom 15. Februar erklärt, sein Land werde als NATO-Mitglied an einem möglichen militärischen Angriff gegen Iran teilnehmen. Sollte die Situation weiter eskalieren, sei ein Krieg gegen Iran durchaus möglich, fügte der Minister hinzu.

Mottaki: „Tilgung Israels von der Landkarte" war ein Missverständnis

Irans Außenminister Manuchehr Mottaki erklärte während seines Besuchs in Brüssel am 21. Februar vor der Presse, Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad sei mit seiner Äußerung, Israel solle „von der Landkarte getilgt werden", missverstanden worden. „Niemand kann ein Land von der Landkarte entfernen", sagte er. Ahmadinedschad habe nicht den Staat Israel, sondern das dortige zionistische Regime gemeint. „Wir erkennen dieses Regime nicht als rechtmäßig an."

Mottaki sagte, er akzeptiere die Tatsache, dass es den Holocaust gegeben hat (Ahmadinedschad hatte ihn als „Mythos" bezeichnet). Vor dem Auswärtigen

Ausschuss des Europaparlaments sagte er: „Unsere Freunde in Europa unterstreichen, dass solch ein Verbrechen stattgefunden hat. Und sie haben bestimmte Opferzahlen genannt. Wir bestreiten das nicht. Was wir hier aber sagen ist, warum sollen die Muslime einen Preis dafür bezahlen, damit dieses schreckliche Ereignis wiedergutgemacht wird?"

Ausschreitungen wegen Mohammed-Karikaturen

Die Welle gewaltsamer Proteste gegen Mohammed-Karikaturen erreichte auch Iran. Am 6. Februar zogen mehrere tausend Demonstranten zunächst zur österreichischen Botschaft, demolierten dort Fensterscheiben und bewarfen das Botschaftsgebäude mit Steinen. Danach zogen sie zu der dänischen Botschaft und setzten dort das Gebäude in Brand. Auch der Ton friedlicher Empörungsbekundungen wurde immer schärfer. Mehr als 200 Parlamentsabgeordnete äußerten ihr „Entsetzen" über die „Beleidigung islamischer Heiligtümer" und erklärten sich in einem offenen Brief mit den Protesten in der islamischen Welt solidarisch. Sollten sich die Beleidigungen wiederholen, werde man die Anweisungen von Ayatollah Chomeini befolgen, der gesagt hatte: „Wenn der Westen den Islam angreift, werden wir einen Gegenangriff gegen die gesamte westliche Welt starten". Man habe anscheinend aus dem „erbärmlichen Leben, das der Autor der Satanischen Verse" (Salman Rushdi) „führen musste, nicht die richtigen Lehren gezogen", drohten die Abgeordneten.

Doch während die Radikalen die Stimmung immer weiter anheizen, gab es auch Stimmen, die den Mut aufbrachten, öffentlich zur Besonnenheit aufzurufen. Eine Gruppe von Kulturschaffenden, Professoren und Politikwissenschaftlern veröffentlichte in der Tageszeitung Schargh einen offenen Brief, in dem es heißt, seit Jahren werde zwischen westlichen und islamischen Intellektuellen und Wissenschaftlern ein Dialog geführt, wobei die Muslime bereit gewesen seien, auf die Kritik ihrer westlichen Kollegen einzugehen und mit ihnen über anstehenden Fragen zu diskutieren. Doch bei dem aktuellen Konflikt gehe es nicht um religiöse Inhalte, sondern um politische Provokationen. Manche Kräfte seien dabei, die gewaltsamen Ausschreitungen zum Vorwand zu nehmen, um daraus einen Kampf der Kulturen und Religionen hervorzuzaubern. „Sie sollten aber wissen, dass die Zeit solcher Kämpfe längst vorbei ist", heißt es in der Erklärung. „Unsere Zeit braucht den friedlichen Dialog". Die Autoren appellierten an die Muslime, aber auch an die Verteidiger der Menschenrechte in aller Welt, auf die jüngsten Ereignisse mit Besonnenheit zu reagieren und extremistische Kräfte, die nur Hass und Rachegefühle schüren wollen, zu isolieren.

Holocaust-Karikaturen

Zu der Diskussion um den Holocaust und die Mohammed-Karikaturen hat sich die in Teheran erscheinende Tageszeitung „Hamschahri" Originelles einfallen lassen. Sie hat zu einem Karikaturen-Wettbewerb über den Holocaust aufgerufen. „Die westlichen Zeitungen haben diese gotteslästerlichen Bilder unter dem Vorwand der Pressefreiheit veröffentlicht. Lasst uns sehen, ob sie wirklich meinen, was sie sagen, und auch Bilder über den Holocaust drucken", sagte Farid Mortazwi von Hamschahri. Die wichtigste Frage für die Moslems laute, ob die Meinungsfreiheit des Westens nur eine Beleidigungen des Islam erlaube oder auch die Beschäftigung mit den Verbrechen Amerikas und Israels oder mit Ereignissen wie den Holocaust.

Der Chefredakteur der Zeitung, Mohammad Reza Saeri, sagte: „Sowohl die dänische Tageszeitung, die unseren Propheten beleidigt hat, als auch andere dänische Zeitungen können an unserem Karikaturen-Wettbewerb teilnehmen, um ihre Sünden zu vermindern." Der Wettbewerb unter der Fragestellung „Wo liegt die Grenze der westlichen Meinungsfreiheit?" ziele darauf ab, die Wahrheit über den Holocaust herauszufinden. Für den Wettbewerb würde er sogar einen Ausschluss Irans von der Fußball-Weltmeisterschaft in Kauf nehmen, sagte Saeri. Er beklagte, dass eine Internetseite, auf der die Zeichnungen veröffentlicht werden sollen, schon mehrmals von Hackern angegriffen worden sei. Zudem seien zwei Teilnehmer aus Australien und Brasilien vom Westen gedrängt worden, aus dem Wettbewerb auszusteigen.

Der internationale Wettbewerb findet nach Angaben der Zeitung in Zusammenarbeit mit dem Haus der iranischen Karikatur bis zum 5. Mai statt. Anders

als zuvor angekündigt, soll der Holocaust nicht das einzige Thema sein. Teilnehmer könnten sich auch mit den „von den USA und Israel begangenen Verbrechen" beschäftigen, erklärte die Zeitung. „Hamschahri" befindet sich im Besitz der Stadt Teheran. Sie wurde zwei Jahre lang von Ahmadinedschad in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Teheran geleitet.

US-Vorwürfe im Karikaturen-Streit als „Lügen" bezeichnet

Irans Vizepräsident Esfandiar Rahim Maschai hat die Vorwürfe der USA, Iran habe im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Mohammed-Karikaturen zur Gewalt angestachelt, scharf zurückgewiesen. „Das ist eine Lüge, zu 100 Prozent unbegründet", sagte Maschai während eines Besuchs in der indonesischen Hauptstadt Jakarta am 9. Februar. Er bestritt auch, dass es zwischen den Protesten und dem iranischen Atomkonflikt einen Zusammenhang gebe. „Es gibt keinerlei Verbindung zwischen dem Nuklearproblem und der Reaktion der Muslime auf die Karikaturen des Propheten Mohammed."

US-Außenministerin Condoleezza Rice hatte Iran und Syrien vorgeworfen, Ausschreitungen während der Demonstrationen gegen die dänischen Mohammed-Karikaturen mit Absicht angefacht zu haben. Sie habe „keine Zweifel, dass Iran und Syrien die Stimmung bewusst aufgepeitscht haben, um dies zu ihrem Vorteil auszunutzen", sagte die US-Außenministerin bei einem Treffen mit der israelischen Außenministerin Zippi Livni in Washington. Beide Staaten sollten dafür „von der Welt" zur Verantwortung gezogen werden.

Teheran will Palästinenser mehr unterstützen

Revolutionsführer Ali Chamenei hat die muslimischen Länder dazu aufgerufen, die von Hamas geführte neue palästinensische Regierung finanziell zu unterstützen. Zugleich rief er den politischen Führer der Hamas, Chaled Maschaal, bei dessen Besuch in Teheran dazu auf, Israel weiterhin nicht anzuerkennen und für die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und die Gründung eines palästinensischen Staates mit Jerusalem als Hauptstadt zu kämpfen.

Maschaal erwiderte, er hoffe auf eine stärkere Rolle „unserer iranischen Brüder". Die Palästinenser würden mögliche finanzielle Engpässe durch westliche Sanktionen dank der „aufrichtigen Unterstützung der arabischen und islamischen Welt" ausgleichen. Dazu erklärte der iranische Außenminister Mottaki, Iran werde in Übereinstimmung mit der Haltung der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), dafür sorgen, dass die islamische Welt die jährliche Finanzhilfe an die Palästinenser garantiere.